

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100



Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge.

Von Stadtrat Hans Palm.

Die ersten Einrichtungen der Arbeitsvermittlung reichen bis in das Mittelalter zurück. Die Zünfte haben schon damals ihre Notwendigkeit erkannt und die sogenannten Gesellenherbergen geschaffen, wo der Meister seinen Bedarf an Handwerksgefelln decken konnte.

Diese primitive Art der Arbeitsvermittlung hat zu einer Zeit, wo es weder Fabriksbetriebe noch Eisenbahn gab, ihren Zweck vollständig erfüllt. Erst in den letzten Jahrzehnten, mit dem Fortschreiten der Technik und dem Entstehen der großen Produktionsstätten gewann diese Frage auch für die große Öffentlichkeit an Interesse. Arbeitgeber- sowie Arbeitnehmerverbände schufen nun Einrichtungen, welche dem Zwecke dienten, Stellenanbot und Stellengesuch zu erfassen und auszugleichen. Auch diese Einrichtungen erfüllten nur sehr mangelhaft ihren Zweck und hatten mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Vielfach war es das fehlende gegenseitige Vertrauen und auch Voreingenommenheit, welche die Entwicklung dieser Einrichtungen hinderten.

St. Pölten besaß in der Vorkriegszeit, abgesehen von einigen privaten Dienstvermittlungen, überhaupt keine Arbeitsvermittlung. Diese Dienstvermittlungen beschränkten sich in der Hauptsache auf die Vermittlung von Hausgehilfinnen.

Erst Ende 1917 wurde die Industriekommission mit dem Sitze in Wien geschaffen. Sie war paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammengesetzt und erhielt die Aufgabe zugewiesen, Vorschläge für eine möglichst glatte Demobilisierung und eine ebensolche Überführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu erstatten. Landesstellen für Arbeitsvermittlung wurden am Sitze der politischen Landesbehörden geschaffen. Sie hatten die größeren Gemeinden für die Frage der öffentlichen Arbeitsnachweise zu interessieren und Fachbeamte für diese neu zu schaffenden Ämter auszubilden.

Auch die Stadt St. Pölten hat sich auf Anregung der Landesstelle für Arbeitsvermittlung entschlossen, einen öffentlichen Arbeitsnachweis zu errichten und vom Gemeindevorstand wurden in der Sitzung vom 26. April 1918 die Satzungen hiefür genehmigt.

Als Sprengel des Amtes wurden die politischen Bezirke St. Pölten, Lilienfeld, Scheibbs und Melk bestimmt. Ziemliche Schwierigkeiten verursachte die Zusammenlegung der Arbeit-